

ÖSTERREICHISCHER FREIHEITSKÄMPFER Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

NUMMER 5

NOVEMBER 1973

PREIS S 3,-

25 Jahre nachher **VON HANS LEINKAUF**

Mit einiger Verspätung gegenüber den offiziellen Einrichtungen der Republik feiert nun auch die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten das Jubiläum ihres 25jährigen Bestehens: Unser Verband wurde 1948 gegründet, nachdem der Versuch einer überparteilichen Organisation der politisch Verfolgten mißglückt war.

Diese Nummer

Hat eine Organisation politisch Verfolgter auch heute noch Aufgaben zu erfüllen, die ihre Existenz rechtfertigen? Diese Frage nach einem Vierteljahrhundert ist vielleicht bei keiner Organisation mehr angebracht als bei unseren Organisationen. Sind sie doch aus zeitbedingten Umständen entstanden – aus dem Inferno der Konzentrationslager und der Gestapo-Gefängnisse, von denen man nur hoffen konnte, daß sie möglichst bald wieder aus der Geschichte verschwinden und niemals wiederkehren werden. Es liegt in der menschlichen Natur, und offenbar auch der menschlichen Gesellschaft, daß sie solche Ungeheuerlichkeiten gerne aus dem Gedächtnis verdrängt – und das gilt nicht nur für jene, die selbst schuldig geworden sind in dieser Zeit, sondern auch für die Mehrheit der anderen, die mit diesen Ereignissen selbst nichts zu tun hatten. Diejenigen aber, die als Opfer politischer, rassistischer oder religiöser Verfolgung das ganze Ausmaß solcher Ungeheuerlichkeit am eigenen Leib erleben und erleiden mußten, werden im Lauf der Jahrzehnte immer weniger, ihr Häuflein immer kleiner.

Wie man sieht, also nicht gerade günstige Aspekte bei einem Jubiläum des 25jährigen Bestehens. Und doch!

Wir sind uns heute darüber einig, daß das Mahnwort der politisch Verfolgten „Nie mehr vergessen!“ nicht der

Vergeltung der Untaten von damals und nicht der Aufrechterhaltung von Haß und Rachegefühlen dienen soll, wir sollten uns aber – weit über den Kreis der politisch Verfolgten hinaus – darin einig sein, daß das Opfer der Verfolgten von damals nie vergessen werden darf, solange Demokratie, Freiheit und Menschenwürde die obersten Werte unseres Gemeinschaftslebens sind.

Damit ist auch schon eine entscheidende Antwort auf die Frage gegeben, welchen Sinn eine Organisation politisch Verfolgter heute noch hat. Auch wenn diejenigen, die selbst Opfer der Verfolgung wurden und die Organisationen der Verfolgten gegründet haben, eines Tages nicht mehr sind, müssen ihre Ideale weiterleben, ihre Werte hochgehalten werden, ihre Traditionen fortgesetzt werden, von einer neuen und anderen Generation freilich, die selbst nicht mehr durch die Hölle der KZ und der Gestapoverhöre gegangen ist, die sich aber als die geistigen und politischen Erben der Opfer von einst betrachten. Den Grundstein dafür zu legen, daß dieses Erbe auch für die Zukunft erhalten und den kommenden Generationen weitergegeben werden kann, ist eine aktuelle Aufgabe unserer Organisationen zum Zeitpunkt ihres 25jährigen Jubiläums.

Darüber hinaus müssen wir mit großem Bedauern feststellen, daß 25

ist dem 25jährigen Jubiläum der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sowie ihrer Zeitung, dem „Freiheitskämpfer“, gewidmet. In Beiträgen von Fritz Bock, Hermann Gruber, Nora Hiltl, Franz Kittel, Hans Leinkauf, Alfred Maleta, Ludwig Mohr, Josef Pinzenöhler und Eduard Pumpernig wird der Opfer in KZ und Gefängnis, der Gründung des Verbandes und seinem Wirken gedacht. Dabei wird versucht, eine Antwort auf die Frage zu finden, wo die Aufgaben des Verbandes in Gegenwart und Zukunft liegen.

Jahre nach der Gründung der Opferverbände wesentliche Forderungen der Verfolgten an die Gesellschaft noch nicht erfüllt sind. Zwar ist die Opferfürsorgegesetzgebung, an der auch unser Verband und seine Funktionäre wesentlich mitgewirkt haben, zu einem gewissen Abschluß gekommen, die eigentliche Entschädigungsfrage ist jedoch nach wie vor ungeklärt. Das ist in einer Zeit, die dem einzelnen einen nie gekannten Wohlstand gebracht hat und in der die öffentliche Hand über Geldmittel von nie gekannten Ausmaßen verfügt, wahrhaft beschämend.

Späte Gerechtigkeit

Die Opfer der Verfolgung und des Freiheitskampfes haben ihre Forderungen in einer Zeit, in der es um den Aufbau unseres Staates und unserer Wirtschaft ging, immer wieder zurückgestellt, sie haben aber jetzt, da die Phase des Aufbaues von einer gewaltigen Welle des öffentlichen und privaten Konsums abgelöst wurde, kein Verständnis mehr dafür, daß auch der ohnehin bereits kleiner gewordenen Schaar die gerechte Entschädigung verweigert wird.

Die Opfer der Verfolgung und des Freiheitskampfes müssen überdies jetzt, da die Ereignisse vor 25 und mehr Jahren für die Jugend von heute bereits Geschichte geworden sind, die sie nicht mehr selbst erlebt hat, daran erinnern, daß sie es waren, die an der Wiege der Zweiten Republik gestanden sind. Ja, es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß die Zweite Republik ohne sie nicht entstanden wäre, denn die Verfolgten aus allen politischen Lagern haben den allierten Mächten gegenüber vor 25 Jahren gewissermaßen die Bürgschaft und die Haftung für die politischen Parteien übernommen, die damals die Republik wiedererrichtet haben, und die namhaftesten Vertreter der jungen Zweiten Republik in Regierung, Gesetzgebung und in den Parteien selbst waren politische Verfolgte. Es seien für den Bereich der Volkspartei in diesem Zusammenhang nur die Namen Figl, Hurdas und Weinberger erwähnt.

Heute sind die Männer der ersten Stunde freilich nicht mehr unter uns oder nicht mehr aktiv. In ihre Positionen und Funktionen sind andere nachgerückt, und nur mehr vereinzelt finden wir Verfolgte von einst auch heute noch an führender Stelle, wie etwa unseren Freund Maleta in der Funktion des 2. Präsidenten des Nationalrates.

Andere Atmosphäre

Und wenn in der österreichischen Innenpolitik von heute eine andere Atmosphäre herrscht als nach 1945, wenn die Zusammenarbeit von einst

durch die Kontraststellung von Regierung und Opposition abgelöst wurde und nun – zufällig in jenen Tagen, da wir auf unseren 25jährigen Bestand zurückblicken – auch die Zusammenarbeit im Wiener Rathaus beendet wurde, so zeigt das sehr deutlich, daß das nicht mehr die Politik ist, deren Geist und Form viele Jahre nach 1945 von den Opfern der Verfolgung geprägt wurde.

Angeichts dieser Entwicklung haben wir es für unsere Pflicht, vor allem die Vertreter der neuen Mehrheiten in den diversen Körperschaften darauf hinzuweisen, daß auch das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit, wenn sie nicht mehr in einer Koali-

tion darfst, das sind jene Grundsätze des politischen Lebens, denen sich die Opfer der Verfolgung in besonderem Maße verpflichtet fühlen, nämlich Respektierung des anderen, Toleranz und ehrliche Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen. Eine Mißachtung dieser Grundsätze würde Demokratie und Freiheit in Frage stellen, also jene Werte, für die die Freiheitskämpfer von einst ihr Leben aufs Spiel gesetzt und geopfert haben.

Die Opferorganisationen selbst haben ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bis in die jüngste Zeit bewiesen: nachdem die ursprünglich gemeinsame und überparteiliche Organisation sehr bald durch die Versuche der politischen Unterwanderung gescheitert ist, und Organisationen gegründet wurden, die jeweils den politischen Parteien nahestanden, so sind die Opferverbände heute in einer Arbeitsgemeinschaft vereint, in der alle wesentlichen Fragen im Geist der Zusammenarbeit beraten werden.

Ich möchte den Anlaß unserer Rück- und Vorschau nicht vorbegehen lassen, ohne jener Mitglieder und Funktionäre zu gedenken, die uns bereits in das Jenseits vorausgegangen sind und deren Leben nicht zuletzt auf Grund der Verfolgung ein frühes Ende gefunden hat. Dank aber auch allen jenen Mitgliedern, die uns bis heute die Treue gehalten haben, und vor allem jenen, die sich im Kuratorium und in den Landesverbänden als Vorstandsmitglieder zur Verfügung gestellt haben.

Der Dank des Verbandes

Im Namen aller dieser Funktionäre und Mitglieder danke ich aber auch den beiden Damen des Büros der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, Frau Kröpl und Frau Teltcher, die in den vergangenen 25 Jahren nicht nur die Geschäfte unseres Verbandes vorbildlich erledigt haben, sondern auch Funktionären und Mitgliedern stets zur Seite gestanden sind.

Unser Wunsch zum 25jährigen Bestand: Mögen die Opfer der Verfolgung und ihr entscheidender Beitrag zum Wiedererstehen eines demokratischen und freien Österreich auch nach weiteren 25 Jahren „niemals vergessen“ sein!

Vor 35 Jahren

Sturm auf das Erzbischöfliche Palais in Wien

Zum 35. Jahrestag des Sturmes auf das Wiener Erzbischöfliche Palais zelebrierte Bischofvikar Prälat Franz Steiner am 8. Oktober im Stephansdom einen Gedenkgottesdienst. In seiner Ansprache kanz. Prälat Steiner, der als Augenzeuge die Ereignisse im Oktober 1938 erlebt hat, auf die Vorgänge, die sich vor genau 35 Jahren ereigneten, zu sprechen.

Das Auftakt der Ereignisse im Oktober 1938 bildete eine von Kardinal Innitzer geleitete Jugendandacht am Abend des 7. Oktober in der Domkirche. Der Erzbischof von Wien, der im Rahmen der Andacht gar nicht sprechen wollte, richtete spontan eine aufrüttelnde Predigt an die jungen Menschen. Anschließend bereiteten die jungen Menschen dem Kardinal auf dem Stephansplatz Ovationen. Gleiches als Vergeltungsmaßnahme für diese „Herausforderung“ kam es bereits am 8. Oktober zu einem Überfall nationalsozialistischer Jugendlicher auf das Erzbischöfliche Palais.

tion vereint sind, sondern sich als Regierung und Opposition gegenüberstehen, vom Geist der Toleranz und von der Bereitschaft geprägt sein muß, die Argumente des politischen Gegners anzuhören, ja auch anzunehmen, wenn sie besser sind.

Die Formen des politischen Lebens können sich auch in einer Demokratie ändern. Koalitionen sind von vornherein nicht demokratischer als das Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition. Was sich nicht än-

**INSERTE
bringen Erfolg!**

FRITZ BOCK

Wächter der Demokratie

Von der Barrikade zum gemeinsamen Aufbau

Was bleiben muß, und was wir unseren Kindern als Erbe mitgeben müssen.

25 Jahre ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten sind Anlaß und Verpflichtung zur Rück- und Vorschau über die Ideen, denen unsere Kameradschaft verpflichtet ist. Daß die vom Nationalsozialismus verfolgten Österreicher sich nach dem Inferno der siebenjährigen österreichischen Apokalypse zu einer Gemeinschaft zusammengefunden haben, war eine Selbstverständlichkeit. Mehr noch als das gemeinsam getragene Leid hat uns die Verpflichtung zusammengeführt, beim Wiederaufbau unserer geliebten österreichischen Heimat aktiv mit dabei zu sein. Es ist nicht uninteressant daran zu erinnern, daß es in den ersten Jahren einen gemeinsamen Verband aller politischen Gruppen gegeben hat, der in dem Augenblick zerfallen ist – zerfallen mußte –, als die kommunistische Gruppe versuchte, aus dem Verband eine Hilfsorganisation für die KPD zu machen. Ich erinnere mich noch lebhaft einer zunächst etwas heftigen Aussprache mit unserem unvergesslichen Leopold Figl, als ich ihm am Tage nach dem Austritt der ÖVP-Gruppe aus dem gemeinsamen Verband die Gründe hierfür darlegte. Figl wollte es in seiner so überaus kameradschaftlichen Weise zunächst nicht verstehen, daß diese Trennung unvermeidlich geworden ist, meinte er doch, daß die politisch Verfolgten ohne Rücksicht auf ihr weltanschauliches und parteipolitisches Bekenntnis unter allen Umständen und für alle Zeiten zusammenstehen sollten. Den Kommunisten kam es aber nicht auf Kameradschaftlichkeit und gemeinsames Wirken, sondern auf die Unterwerfung an, mit der sie nicht den Interessen der politisch Verfolgten, sondern denen ihrer Partei nützlich sein wollten. Figl hat mir sehr bald recht gegeben, und wie der nun ja schon historisch gewordene Ablauf der innerösterreichischen Ereignisse zeigte, war das Ende der überparteilichen Gemeinschaft eine Notwendigkeit.

Die ÖVP-Kameradschaft hat seither in beispielgebender Weise ihre Verpflichtungen erfüllt und wesentlich zum Wiederaufbau Österreichs beigetragen, indem sie einer der Wächter darüber war, daß die innerpolitische Entwicklung Österreichs keinen einsei-

tigen, sondern einen guten demokratischen Verlauf genommen hat. Die ÖVP-Funktionäre der ersten Stunde kamen fast ausnahmslos aus unseren Reihen. Es ist natürlich klar, daß sich eine große Volkspartei nicht allein auf jene stützen konnte, die aus dem christlich-konservativen Lager von ehemals und aus den Konzentrationslagern und Gefängnissen kamen, aber dem Ton konnten durch lange Zeit hindurch wir angeben, und ich glaube, daß das nicht schlecht war.

Freilich ist im Laufe der Zeit auch manches geschehen, was uns nicht unbedingt Freude machen konnte. Wenn wir z. B. daran denken, daß die materielle Versorgung vieler unserer Kameraden, die ihre Gesundheit oft bis zur Arbeitsunfähigkeit einbüßten, kaum das Existenzminimum deckt, so ist das wahrhaftig kein Ruhmesblatt, auf das die Republik Österreich besonders stolz sein müßte. Nicht einmal in Form eines bescheidenen äußeren Zeichens, etwa einer Erinnerungsmedaille, hat Österreich etwas getan, obwohl es genügend derartige Beispiele im Ausland gegeben hat und noch gibt. Auch auf dem Sektor der straffrechtlichen Verfolgung der Übeltäter von einst sind grundlegende Fehler geschehen. Indem man auf der einen Seite gegenüber den sogenannten Missetätern oftmals viel zu hart, gegenüber wirklichen Kriegsverbrechern andererseits manchmal zu nachlässig war.

Nun gehört das alles der Vergangenheit an. 25 Jahre nach der Höllefahrt des Arbeitslosen aus Braunau und seiner Spießgesellen fragt man nicht mehr nach der Vergangenheit, und das ist gut so. Trotzdem bleibt uns zeit lebens eine wichtige Aufgabe: Wir leben in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs. Die ungeheure Entwicklung der Technik und der mit ihr verbundene, kolossale wirtschaftliche Aufstieg der westlichen Welt haben manche gesellschaftspolitische Vorstellungen, wie sie uns vor 1938 besaßen, hinfällig gemacht. Das ist eine Entwicklung, die unvermeidlich bezeichnet werden muß. Von ihr sind alle menschlichen Gemeinschaften unserer Zeit, kirchliche wie politische, betroffen. Aber wie es so oft im menschlichen Leben vorkommt, schlägt das Pendel weiter aus als uns lieb sein könnte, weiter als wir akzeptieren würden. Die sozialistischen Parteien der westlichen Welt haben da ihre eigenen Vorstellungen, denen wir nicht

folgen können. Das maßgebliche Symptom dieser Entwicklung müssen wir in der systematischen Auflösung des Autoritätsbegriffes in den westlichen Demokratien sehen, eine Tatsache, die uns größte Sorgen bereiten muß. Gewiß gehören die sehnstvoll als Abwehr gegen den Nationalsozialismus für notwendig erachteten, verfassungsrechtlichen Autoritätsformen der Vergangenheit an. Aber eine echte Demokratie einzurichten, kann nicht heißen, auf die Autorität als solche zu verzichten. Dieser Grundsatz gilt in allen Rechtsbereichen, vom Straßenverkehr angefangen bis zum Schul- und Erziehungswesen und dem Strafrecht. Um es anders auszudrücken: In der Demokratie entscheidet selbstverständlich die Mehrheit für alle. Aber die, die Kraft eines demokratischen Wahlganges mehrheitlich zu entscheiden berufen sind, müssen sich ihres Auftrages und der damit verbundenen Möglichkeiten bewußt bleiben, auch wenn die Setzung eines Rechts- oder Verwaltungsaktes auf Widerspruch in den Massenmedien stoßen sollte und damit auch auf – vorübergehenden – Widerspruch in der Öffentlichkeit.

Man beschreibe den Unterschied zwischen Demokratie und Totalitarismus in sehr vereinfachter Form immer wieder mit der Feststellung, daß in einem totalitären Staat Ordnung, aber keine Freiheit herrsche, im demokratischen Staat aber Ordnung und Freiheit. So sollte es in einer Demokratie auch sein. Besorgt aber müssen wir in zunehmendem Maße feststellen, daß in den Demokratien von heute zwar die Freiheit unangestastet bleibt, die Ordnung aber immer mehr geschwächt wird. „Law and order“ – Gesetz und Befolgung – lautet ein englisches Wort, aber die Befolgung der Gesetze nimmt rapid ab; und wenn einmal eine Lehrerin ihres Dienstes entbunden wird, weil sie, statt das gültige Stimmgesetz zu lehren, ihren minderjährigen Schülerinnen Pornographie vorsetzt, entsteht ein großes Geschrei. Wir sagen da ganz deutlich, daß wir uns unser Österreich, als wir auf den Lagerstraßen von Dachau und Mauthausen über unsere Zukunft sprachen, als einen Staat der Ordnung vorgestellt haben, einer Ordnung, die letzten Endes allein geeignet ist, auch die Freiheit der Person zu garantieren!

Unsere ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten ist eine Vereinigung, die es in absehbarer Zeit nicht mehr geben wird, weil wir nicht ewig leben

werden. Was aber bleiben muß, und was wir als Erbe unseren Kindern mitgeben müssen, ist der unbedingte Wille zu einem freien und unabhängigen Österreich, dessen innere Organisation ihre Wurzeln auch in Zukunft in der christlichen abendländischen Kultur haben muß! Ständen wir im Juli 1934 auf den Barrikaden als op-

ferbereite Abwehrkämpfer gegen den nationalsozialistischen Ungeist, haben wir dann unverdrossen am gemeinsamen Wiederaufbau unseres Landes mitgewirkt, so sind wir heute dazu berufen, als Mahner für die Zukunft aufzutreten. Wir werden diese Verpflichtung erfüllen, solange wir atmen können!

vergehen, bis der heutige, einigermaßen zufriedenstellende Gesetzesstand erreicht wurde.

Nicht weniger als 22 Gesetzesnovellen wurden in diesen Jahrzehnten erlassen, und noch immer ist der endgültige Abschluß der Opferfürsorgegesetzgebung nicht in Sicht. Es hieß, den Rahmen dieses Rückblicks überschreiten, sollte der Inhalt all dieser Novellen auch nur im Telegrammstil wiedergegeben werden; manche der Gesetzesänderungen brachten den Anspruchsberechtigten in Wahrheit keine echten Vorteile, sondern eine bloße Anpassung bestehender Rentenansprüche an die durch inflationistische Erscheinungen verminderte Rentenkaufkraft. Andere Novellen wiederum führten zu sehr dankbar empfundenen Ergebnissen für die in Frage kommenden Opfer. Zwei der Novellen haben sich durch das breite Band ihrer Auswirkungen tatsächlich von den übrigen ganz besonders ab: die 7. Novelle vom Jahre 1952, mit der die Haftentschädigung geschaffen wurde, und die 12. vom Jahre 1951, die die einmalige Entschädigung für beträchtliche Einkommensminderung und eine Reihe von Ansprüchen wegen erlittener Freiheitsbeschränkungen oder Berufsständen statuierte. Das Los der Menschen, die durch bevorstehende Verhaftung zur Emigration gezwungen worden waren, der im Ausland internierten, war als U-Boote Lebensden und der Ausgesiedelten wurde im nachhinein verbessert.

Über eine Erkenntnis kommt man allerdings bei nüchterner Betrachtung nicht hinweg: von einer echten Wiedergutmachung ist im Falle des OFG keine Rede. Gewiß hat niemand, der sich vor 1945 gegen Hitler exponierte, im Traum daran gedacht, für sein von den reinsten Absichten bestimmtes politisches Handeln jemals entschädigt zu werden, aber daß dort, wo wegen tapferen Eintretens für Heimat und Demokratie schwere und schwerste persönliche Schäden die Folge waren, gemäß den allgemeinen Grundsätzen des Schadenersatzrechtes ein moralischer Anspruch auf Schadenersatz besteht, kann auch nicht in Abrede gestellt werden. Wenn Bilanz gezogen wird zwischen der Höhe des aus den obigen Gründen erlittenen Schadens und den nach dem OFG zukommenden Entschädigungsansprüchen, ergibt sich meist eine beträchtliche Diskrepanz. Die sogenannte „Lebensverdienstsumme“ der Opfer, d. h. die Summe der Einkünfte, die sie im Lauf eines vollen Arbeitslebens erworben hätten, wenn sie nicht der politischen Entwicklung vor und unter Hitler zum Opfer gefallen wären, und die

Ludwig Mohr

Die unerfüllte Verheißung

Die Opferfürsorgegesetzgebung der Zweiten Republik

Die endgültige Regelung der Entschädigungstrage ist noch immer offen.

Das Erbe, das Österreich im Frühjahr 1945 antrat, war ohne Zweifel stark belastet: fremde Truppen allierten im Lande, zerstörte Wohngebiete und Industriezentren, bittere Not an jedweder Nahrung. Dafür, daß das Gebilde des Großdeutschen Reiches von der Landkarte gelöscht und die Weichen für eine neue Existenz unseres Staates gestellt werden konnten, war freilich auch ein Preis zu bezahlen. Ein gigantisches Trümmerfeld, im realen und im übertragenen Sinne, war aufzuräumen.

Unüberschaubar waren etwa die Folgen gesundheitlicher und wirtschaftlicher Natur, die Hitlers Terror- und Kriegsregime weiten Bevölkerungsteilen auferlegt hatte: den unmittelbaren Kriegsoptionen, deren Hinterbliebenen, den Bombengeschädigten, ganz besonders aber den Opfern nationalsozialistischer Verfolgung. Letzteren ohne viel Verzug eine entsprechende soziale und wirtschaftliche Rehabilitation zu bieten, war ein Gebot, dem zu folgen sich die neue Staatsregierung schon knapp nach ihrem Amtsantritt anschickte. Stand doch außer Frage, daß es vorwiegend dem persönlichen Mut jener österreichischen Männer und Frauen, die dem Diktator und seinen Trabanten getrotzt hatten, zu danken war, daß die freie Welt während des „Tausendjährigen Reiches“ in keiner Minute auf Österreich vergaß; daß es ihr bewußt blieb, daß die sogenannte „dritte“ Ostmark ein bloßes Phantom war; daß Österreich auch zwischen 1938 und 1945, wenn auch im Untergrund, weiterbestand.

Die mit der Wiedergutmachung verbundenen Probleme im ersten Anlauf zu meistern, war praktisch abgeschlossen. Noch fehlte der volle Über-

blick über das Gesamtausmaß der angerichteten Schäden. Das erste Opferfürsorgegesetz, von der Staatsregierung am 17. Juli 1945 beschlossen, erwies sich als Torso. Es galt nur für die Opfer eines aktiven Einsatzes, also für Staatsbürger, die entweder mit der Waffe in der Hand, insbesondere gegen Ideen und Ziele des Nationalsozialismus, gekämpft oder sich sonst rückhaltlos in Wort oder Tat für Österreich eingesetzt und deswegen bestimmte, im Gesetz genau erlaßte Nachteile erlitten hatten. Die zahlenmäßig bedeutend größere Gruppe solcher, die passiv, als Opfer der politischen oder rassistischen Verfolgung zu Schaden gekommen waren, blieb zunächst außer Betracht. Dessenungeachtet hat aber auch deren namenloses Leid wesentlich dazu beigetragen, das Ansehen des Großdeutschen Reiches in der freien Welt zu schwächen und so seinen Untergang vorzubereiten.

Zwei Jahre später, am 4. Juli 1947, wurde vom Nationalrat ein neues Opferfürsorgegesetz beschlossen, unter Aufhebung des ersten. Seine Wirksamkeit erstreckte sich auch auf die Opfer der politischen Verfolgung. Auch wurde der Umfang der Begünstigungen und Fürsorgemaßnahmen gegenüber der Erstfassung erweitert und ausgebaut, wobei freilich die Opfer des Kampfes, die Inhaber der Amtsbescheinigung, eine stärkere Berücksichtigung fanden als die Opfer der Verfolgung, die Inhaber des neugeschaffenen Opferscheines. Es soll niemandem zum Vorwurf gemacht werden, daß auch das neue Opferfürsorgegesetz im Zeitpunkt seines Inkrafttretens noch vielfach rudimentär war und so manche moralisch berechtigten Ansprüche übersehen und auf diese Weise da und dort unwillkürlich neue Kränkungen bereitet hatte. Der Wille zur Rehabilitation der Opfer war zweifellos vorhanden, nur sollte mehr als ein Vierteljahrhundert

Einkünfte, die sie zufolge der Zäsur in ihrem Leben tatsächlich erzielen, zeigen in der Regel eine sehr bedeutende Differenz. Das Opferfürsorgegesetz sorgt eben nicht für eine echte Wiedergutmachung, sondern es ist, wie schon sein Name besagt, eine Regelung auf Fürsorgebasis. Bestimmte Rentenleistungen für Opfer und deren Hinterbliebene werden, auch bei sonst gleichen Voraussetzungen, nicht allen Opfern im weiteren Sinne gleichmäßig gewährt. Die Ansprüche darauf werden vielmehr von der Höhe des sonstigen Einkommens abhängig gemacht, sie gelten nicht absolut.

Wohl hatte der Gesetzgeber vom Jahre 1947 die erklärte Absicht, sein Werk einmal umfassend, großzügig abzuschließen. Die darauf bezügliche Gesetzesstelle, der § 2, Absatz 1, lautet wörtlich: „Bis zu dem Zeitpunkt, in dem die staatsfinanziellen Bedingungen eine endgültige, dem Verdienste beziehungsweise dem Leiden der in § 1 genannten Opfer angemessene Regelung zulassen, werden Begünstigungen und Fürsorgemaßnahmen gewährt, und zwar: ...“ Es folgt dann

eine Aufzählung dieser einzelnen Maßnahmen, irgendwelche objektive Kriterien für die in dieser Gesetzesstelle erwähnten staatsfinanziellen Bedingungen fehlen. Es tritt der eigenartige Fall ein, daß derjenige, der eine Verpflichtung übernommen hat, frei bestimmt, wann und ob er sie erfüllen wird.

Mehr als ein Vierteljahrhundert ist seither vergangen, aber noch wagt kaum jemand, daran zu denken, auf eine Erfüllung dieser Verheißung zu dringen. Wann wird der Zeitpunkt, von dem hier die Rede ist, erreicht werden? Wird er überhaupt je erreicht werden? Wurde er vielleicht sogar schon verpaßt? Oder wird er erst kommen, bis der Kreis der Opfer infolge der großen Mortalität in ihren Reihen derart zusammengeschmolzen ist, daß es nur mehr geringer Mittel bedarf, die Verheißung vom Jahre 1947 einzulösen? Und wie verhält es sich dort, wo die Opfer die volle Wiedergutmachung und staatsrechtliche Anerkennung nicht mehr erhalten können, weil sie sie einfach nicht mehr erleben? Eine Fülle von Fragen, die jede für

sich unwillkürlich nachdenklich stimmt. Wäre ein Karl Kraus, der Meister der gesellschaftskritischen Satire, noch unter uns, er würde sicherlich allein der Analyse dieser Gesetzesstelle ein Sonderheft seiner „Fackel“ widmen ...

Doch zurück zum Ausgangspunkt: Diese Reflexionen sollen die Dankbarkeit und die Genugtuung aller, denen die Opferfürsorgegesetzgebung der Zweiten Republik gewidmet ist, nicht trüben. Es ist zu hoffen, daß dank des guten Willens der Legislative und der loyalen Zusammenarbeit der drei Opferverbände, die sich in der Vergangenheit immer wieder als ein Katalysator für eine ersprießliche Fortentwicklung dieses Gesetzeswerkes bewährt hat, auch in Zukunft der Weg gefunden wird, es zu einem guten Ende zu führen. Der im Frühjahr dieses Jahres unter dem Vorsitz des Bundesministers für Finanzen gebildete „Ausschuß zur Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für noch offene Entschädigungsfragen“ könnte das Startzeichen für neue Initiativen in dieser Richtung geben.

Alfred Maleta

Lehren für die junge Generation

Das Gedankengut des Widerstandes ist das Fundament der Zweiten Republik.

Die Männer und Frauen des Österreichischen Widerstandes, die in den Jahren von 1938 bis 1945 Zeugnis ablegten für den Freiheitswillen Österreichs, kamen aus allen Lagern: sie waren christliche Demokraten, Sozialisten, Kommunisten oder Legitimisten.

Ihnen allen war eine Haltung gemeinsam, die von Mut und Risikobereitschaft — wenn es sein mußte, bis zum letzten Opfer — und von der Überzeugung geprägt war, daß die Freiheit Österreichs wieder errungen werden mußte. Zu seinem politischen Bekenntnis zu stehen, auch dann, wenn es lebensgefährlich ist, war für sie eine Selbstverständlichkeit.

Im März des heurigen Jahres gedachte Österreich des 35. Jahrestages der Besetzung unserer Heimat. Erschütterter saßen hunderte junger Menschen, Schüler und Studenten, am 12. März 1973 bei einer Gedenkstunde im Wiener Burgtheater, hörten Lyrik und Prosa aus der Zeit von 1938 bis 1945, lauschten den Zeugnissen heroischer Opferbereitschaft und den zuletzt ergreifenden Mahnungen der ersten Paula von Preradovic, eines Franz Werfel oder einer Alma Johanna Köning, stets wachsam zu sein. — Wir

aber, für die der März 1938 der Beginn des Kampfes, der Auftakt zu sieben Jahren bitterster Erlebnisse war, lägen an diesem Tag — 35 Jahre später — vor unseren geistigen Augen nochmals jene Zeit Revue passieren, erinnerten uns auch des eigenen Schicksals ...

Wie so viele hatte auch ich lange geglaubt, daß die Okkupation Österreichs verhindert werden könne. Aber in den letzten Wochen vor dem 13. März wußten wir natürlich, daß alles verloren war. In Linz, wo ich damals Direktor der Arbeiterkammer von Oberösterreich und in Personalunion erster Sekretär des Landeskarisels des Gewerkschaftsbundes und als solcher ein stark exponierter Gegner des Nationalsozialismus war, verzog sich in der Nacht von Freitag, dem 11. März auf Samstag, dem 12. März, die Machtübergabe nach einem großen Fackelzug. Obwohl ich wußte, wie gefährlich es war, bin ich Samstag vormittag in die bereits von der SA besetzte Arbeiterkammer gegangen, denn ich war der Überzeugung, daß man für eine politische Sache, für die man gekämpft hat, auch ein Zeugnis ablegen muß.

Der kommandierende Sturmführer erkannte mich nicht und fragte: „Was wollst denn du?“. Ich antwortete: „Ich bin der Dr. Maleta.“ — Allgemeine Überraschung! — Dann führte man

mich in meine Kanzlei. Ich wußte, daß ich mit allem rechnen mußte. Bereits am nächsten Tag war es soweit: Am 13. März 1938, also am ersten Tag des Dritten Reiches, wurde ich sofort verhaftet.

Und nun kam auch für mich, wie für so viele Österreichs, das Konzentrationslagererlebnis, jene Konfrontation von Politikern verschiedenster Weltanschauungen und Überzeugungen, die teilweise im Bürgerkrieg einander gegenüber gestanden waren. Es war eine ständige Diskussion, ein Gegenüberstellen von Argumenten und somit ein Beitrag für das Verhaben unserer Generation von 1945, weil wir die Motive, die Ursachen des politischen Verhaltens der Gegenseite erkannten. Es war ein demokratischer Reife-prozess von unschätzbarem Wert für alle Beteiligten. Und aus diesem Erlebnis des Verständnisses, des gegenseitigen Respektes für die Idee des anderen, gelang es uns dann nach 1945 eine glücklichere Gemeinschaft zu bauen.

Aus dem Leid der Vergangenheit lernend, schuf die Generation von 1945 das Österreich von heute. Das Erlebnis der Intoleranz führte unsere Generation zur Toleranz, das Erlebnis der Unfreiheit führte zum Bekenntnis der Freiheit und das Erlebnis der Diktatur zum Bekenntnis eines demokratischen Rechtsstaates. Diese Erkenntnisse der jungen Generation von heu-

te weiterzugeben und in ihr das Wissen um die Tatsache zu verankern, daß das Gedankengut des Widerstandes das geistige Fundament der Zweiten Republik und damit unserer Staatsbejahung, unseres Staatsbewußtseins sowie zur demokratisch-pluralistischen Staats- und Gesellschaftsordnung ist, gehört zu unseren wesentlichen Aufgaben, damit die Jugend nicht in den fundamentalen Irrtum verfällt, daß unsere Wohlstandsgesellschaft für alle Zeiten gesichert ist und sich die Ereignisse von 1938 chrothin niemals wiederholen können.

Das in der Mahn- und Gedenkstät-

te Dachau 1968 abgegebene Gelöbnis der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer, in enger Gemeinschaft mit der jungen Generation „für das selbständige, demokratische und neutrale Österreich, für eine selbstbewußte österreichische Nation mit unserem Herzen, mit unserem Verstand, mit unserer ganzen Kraft, mit allem, was wir haben, einzustehen“, sollte daher am Beginn und Ende jedes Gedenkens an den österreichischen Freiheitskampf und damit auch des 25jährigen Bestandsjubiläums unserer ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten stehen.

nisse und Konzentrationslager öfneten und Tausende der dort durch Jahre getragenen Menschen wieder in die Freiheit zurückkehrten, fanden sie eine zertrümmerte, in Asche und Rauch liegende Heimat. Aber es war die Freiheit und es war die Heimat, für deren Wiedererlangung sie unbezugsam Ermüdung, menschenwürdige Behandlung und bitteres Leid, ja, Tausende ihrer Kameraden auch den Tod erlitten hatten.

Auf den von Blut getränkten Lagerstraßen der KZ hatten die Kameraden keine Gedanken dafür, wie sie einmal „Frustration“ oder Langeweile überwinden würden, ihr unheilbarer Glaube war auf die Wiedererlangung der Heimat Österreich und den Aufbau einer besseren Welt in Freiheit und Frieden gerichtet. Ausgemergelt, zerschunden und halb verhungert haben sie am Wiederaufbau Österreichs mitgearbeitet.

Das materielle Werk ist erstaunlich rasch und bewundernswert gut gelungen, das ideelle Denken ist jedoch unter dem Vorrang des Materiellen zurückgedrängt worden. Das angenehme Leben eines – gerade durch die Opfer der in politischer Verfolgung und unter Terror geknechteten Generation – wiedererstandenen Wohlfahrtsstaates hat seine Bürger dazu gebracht, vom Staate stets zu fordern, selber aber keine Opfer zu bringen.

Patriotismus! Was ist „Patriotismus“ eigentlich? Schlacht und einfauch nichts anderes als Liebe zur Heimat!

Wenn wir nur den Mut aufbringen zu erkennen, daß Liebe noch weit mehr ist als Sex und Eros, daß sie das göttliche Geschenk an den Menschen ist, die ihn über alle Kreatur stellt, und wenn wir begreifen, daß Heimat Österreich mehr ist als weindusselige Wäldchen, sondern das Land mit all seiner Schönheit in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, dann werden wir auch ein richtiges Verhältnis zum Patriotismus bekommen.

Vielleicht werden manche beim Lesen solcher Worte lächeln und sie als überholte Romantik bezeichnen. Sei es denn!

Wir, die in den Konzentrationslagern und Gefängnissen unter einem brutalen Regime bitteres Leid ertragen mußten, haben nichts zu lächeln, und manch harter Mann hat über den Verlust seiner Heimat geweint. Aber gerade diese Liebe zu Österreich und der Glaube an die Wiedererlangung hat allen die Kraft gegeben, das Schwerste zu ertragen; aber gerade deshalb auch werden wir stets und unermüdlich ein Faktor der patriotischen Bewegung sein und bleiben.

Wir sind nicht übriggebliebene Reste eines überholten Idealismus! Wir stehen den Entwicklungen unserer Zeit aufgeschlossen gegenüber, aber eben-

Nora HILL

Patriotismus – notwendig wie eh

Vor den Gefahren warnen, die Österreich drohen könnten.

Ist „Patriotismus“ heute überhaupt noch gefragt und damit als ein „Faktor des öffentlichen Lebens“ zu bezeichnen? Fast könnte man meinen, daß Patriotismus, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft für die Heimat und ihre Menschen zu jenen Eigenschaften gehören, die eine pathologisch-neurotisch gewordene Gesellschaftsgruppe zu jenen Ursachen zählt, die zur „Frustration“ der modernen Gemüter geführt haben.

Es wird ja auch mit allen Mitteln versucht, die öffentliche Meinung dahingehend zu beeinflussen, daß der Österreicher rückständig, reaktionär und oftmals auch faschistoid sei. Vor allem aber wird mit geradezu krankhafter Lust die historische Vergangenheit unseres Österreichs mit Schmutz, Verdrehungen und Verleumdungen besudelt.

Es möge daher nicht als abwegig betrachtet werden, wenn in einer Festchrift anläßlich des 25jährigen Bestehens des Verbandsorgans der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten, „Der Freiheitskämpfer“, einige Gedanken zum Problem „Patriotismus“ niedergelegt werden.

Zweifelsohne leben wir in einer Zeit, in die chauvinistische Nationalismus nicht mehr hineinpaßt. Die Völker rücken näher zusammen und analog den Bestrebungen, kontinentale Einheiten zu schaffen, muß sich auch raschest Europa entschließen, zu einer wirtschaftlichen und politischen Einheit zusammenzuwachsen.

Denn: Dieses Vereinte Europa wird aus vielen kulturell und sprach-

lich unterschiedlichen Völkern gebildet, deren jede einzelne Nation in ihrer Eigenart zu dem beigetragen hat, was unter „Europäischer Kultur“ in die Weltgeschichte eingegangen ist. In dieser europäischen Kulturgeschichte hat gerade Österreich eine hervorragende Rolle gespielt, worauf sich der Österreicher manchmal besinnen sollte. Wenn wir heute in Prag oder in Krakau, in Budapest oder in Agram, ja selbst in Belgien oder in Übersee Spuren österreichischer Kulturarbeit der Vergangenheit finden können, so soll uns das nicht Anlaß zur Überheblichkeit sein, aber darüber nachdenken lassen, daß ein solches Volk eine Aufgabe und Verpflichtung auch in der Gegenwart hat, will es sich nicht selber aus der Geschichte auslöschen. Es müßte eigentlich manchen österreichischen Modernisten ins Gewissen geschrieben werden, daß ein italienischer Historiker anläßlich einer Arbeitsbesprechung zwischen italienischen und österreichischen Fachkräften über die zukünftige Gestaltung des Geschichtsunterrichtes im Hinblick auf Italien und Österreich bemerkte, man müsse viel mehr als bisher die großen verwaltungsmäßigen Leistungen, die Österreich in Italien hervorgebracht hatte, im Geschichtsunterricht erwähnen! Nur ein Beispiel dafür, wie sich im Ausland, ja selbst beim ehemaligen Gegner, die Anerkennung österreichischen Wirkens in der Vergangenheit durchsetzt.

Und wir selber? Sollten wir nicht doch dazu kommen, mit etwas mehr Achtung sowohl die Werke österreichischer Vergangenheit als auch die der österreichischen Gegenwart anzuerkennen?

Als im Jahre 1945 sich die Gefäng-

so erkennen wir die Notwendigkeit, vor Gefahren zu warnen, die Österreich drohen könnten, wenn wir nicht den Mut haben, uns auch zu einem Patriotismus zu bekennen.

Österreich lieben heißt, sich zu ihm zu bekennen, so wie es war und wie es ist, heißt, seine Neutralität zu ver-

teidigen, für es zu arbeiten, und wenn es notwendig ist, auch Opfer zu bringen.

Möge es niemals wieder so kommen, daß man erst hinter Gefängnismauern, auf Lagerstraßen oder unter fremdem Terror erkennt, was österreichischer Patriotismus bedeutet!

Josef Pinzenhöfer

Im Angesicht des Todes

Viele erlebten: Es gibt ein Licht, mächtiger als die Schatten des Todes.

Unerwartet wird der Riegel zurückgeschoben. Der Stockaufseher, eine Liste in der Hand, sagt: „Fertig machen, alle Sachen!“ So verlasse ich die Zelle E 165. Hier habe ich in langen Monaten notvoller Einzelhaft eine Initiation besonderer Art durchlebt. Beim Depot erhalte ich meinen Anzug, meinen Mantel und jene Kleinigkeiten, deren Besitz in der Zelle nicht erlaubt wird. Im Transportraum sind schon Kameraden (der Gruppe Hebra-Burlan/Fried-Slavik) versammelt. Händeschütteln und Begrüßen und erregtes „Wo zu und Wohin“. Jeder von uns hat den berechtigten roten Schutzhaftbefehl – das Bilet für das KZ. Geht es nach Dachau? Die Vermutungen über Ja oder Nein sind noch nicht zu Ende, da geht es zunächst per „grünem Heinrich“ zum Westbahnhof. Schupo und Gestapo wagoniert uns in einen sogenannten Zellenwagen ein.

Ich selbst werde in ein winziges Abteil geschoben. Hier ist bereits ein Häftling. Die erste Frage: „Warum bist du da?“ „Politisch.“ Er: „Raubmord.“ Beim Versuch, über die Grenze in das Protektorat zu flüchten, sei er verhaftet worden und nun würde er nach Regensburg überstellt. Beim Ausfahren aus dem Bahnhof gelingt mir ein Blick durch die Oberlichtschlitze. Ich erspähe die Schweglerbrücke, den Rustensteg, Rudolfshain, der Bezirk meiner Kindheit! Mein Gefährt beginnt an einem Stück Brot zu kauen. Bevor noch ein Gespräch zustande kommt, werde ich aus dem Abteil herausgeholt. „Hast Du Komplizen?“, fragt der Begleitpolizist. Bevor ich noch antworten kann, schiebt er mich in ein bereits überfülltes Abteil. Wo sonst Platz für zwei ist, sind wir nun fünf zusammengedrängelt – zum Erstickern. Aber – welch glückliche Fügung – Freunde sind es! Das erste Wiedersehen und Gespräch seit unserer Verhaftung im April 1939! Die Stunden vergehen trotz der peinvollen Enge und aller sonstigen Nöte

wie im Fluge. Was gibt es doch nicht alles zu berichten!

In Salzburg heißt es aussteigen. Polizei mit Hunden hat den Gefangenewagen umstellt, und wie Schwerverbrecher werden wir eskortiert und in das Polizeigefängnis verbracht. Nach zwei Tagen geht es weiter nach München. Hier ist der Empfang außerordentlich brutal und mit wüsten Beschimpfungen und Bedrohungen verbunden. Wieder schwere Polizeibedeckung und Zusammenfassung je zwei und zwei. Mein Kettengefährt war Prälat Fried. Die Spuren der Kettenfessel waren noch drei Wochen an meiner rechten Hand sichtbar.

Im Polizeigefängnis wurden wir in einen großen Keller eingeliefert. Über dreihundert Gefangene waren bereits da. Aus allen Völkern Europas, sogar ein Albanier. Uns Österreichern gelingt es, unter einem Kellerfenster einen Platz zu ergattern. Neben uns lagert eine Gruppe von Zigeunern. Noch gut gekleidet, an den Fingern schwere Goldringe, sogar noch mit Rauchwaren versorgt. Sie träumen von „Umsiedlung auf ein Gut“. Sie wissen noch nichts von Belien und Auschwitz – Menschen, schon vom Schatten des Todes berührt. Nur spüren sie noch nichts davon. Nur die Sorge um die von ihnen getrennten Frauen und Kinder peinträgt sie...

Unvergeßlich bleiben mir einige Sowjetgefangene. Sie erinnern an gefangene Bären... Einer von ihnen, ein Ingenieur aus Minsk, liest aus einer ganz zerlesenen Bibel. Er sucht das schwache Licht bei „unserem“ Kellerfenster, und so komme ich ins Gespräch mit ihm. Sein Leidensmut, seine Zuversicht sind eindrucksvoll. Er las gerade den Psalm 43, und die Verse 10–20 empfanden wir in unserer Lage wie für uns geschrieben. Wir vergessen völlig auf unser Elend, Hunger, Durst, Schmutz und Kälte waren vergessen. Tot gut – viel Tot gesehen – Tot ist Straße nach Hause... za rod – za dom... Gott

bleiben...“ Wie ein alttestamentlicher Prophet steht der Todgeweihte neben mir. Dieser Kellerraum, trübe beleuchtet, überfüllt, ist wie eine Vorhalle in die Totenwelt... Viele werden von hier aus zum letzten Gang antreten – in die Schatten des Todes. Und Millionen lebten damals mit uns in diesem Schatten, vielleicht, ohne es klar zu fühlen.

Nach einer unruhigen Nacht hören wir Glockengeläute. Unser Kamerad Prälat Fried erinnert uns: Sonntag. Um ihn geschart beten wir die Messe. Er kann sie auswendig und aus der Russenbibel suchen wir uns das Evangelium. Alles wird still, Apathie, der Haß gegen die Nazi, Resignation, Furcht und Sorge – alles verläßt. Unvergeßlich erfüllt sich unter Menschen im Angesicht des Todes die Nacht des Christusgrußes SCHALOM – „Gott ist bei uns“, alles andere verschwindet für diese Viertelstunde – ein Zeichen für die Zukunft. Ein Zeichen des Angebotes, unsere Herzen mit jener Kraft zu laben, aus der ER den Tod bezwingen und alle Übel der Welt bezwingen wird... Viel Schweres hat noch auf uns gewartet. Einige von uns haben das Leben hingeben müssen – für ihre Treue als Österreicher und Katholik. Damals standen wir alle im Angesicht des Todes. Ob im KZ, ob durch Blutschuld des Volksgerichtshofes, ob durch Erschöpfung oder Krankheit – damals konnte keiner von uns wissen, ob ihm das Leben noch einmal geschenkt werden würde.

Nach jener Viertelstunde im Polizeikeller zu München erfüllte eine eigenartige Stille den Raum. Wie in einer Kirche. Und diese Menschen im Angesicht des Todes erlebten: Es gibt ein Licht. Ein Licht, mächtiger als alle Schatten des Todes. Dieses Licht hat meinen Kameraden, mir und zahllos Vielen die schweren Jahre zu bewältigen geholfen. Eine unermeßliche Fülle Lebender und Geopferter hat mit diesem Licht die Nacht jener Jahre durchschritten. Die Erinnerungen sowie die letzten Briefe der zum Tode Verurteilten sind Zeugnis dafür.

Hermann Gruber

NS-Größen als „Vorbilder“?

Daß Traditionspflege und eine echte österreichische Geisteshaltung frei von den Schlägen einer unruhlichen

Vergangenheit heute in weiten Kreisen besonders notwendig sind, beweist der Umstand, daß da und dort Repräsentanten einer geschichtlich sehr traurigen Epoche sich wieder bemerkbar machen. Man müßte glauben, daß Erkenntnisse über die Irrlehren des Nationalsozialismus und die Isolation des Bösen längst Gemeingut aller Österreicher geworden sind. Es ist seit 1945 genügend bewiesen, daß Millionen unschuldiger Menschen vorsätzlich von Märdern und Folterknechten des Regimes in mehr als 100 Konzentrationslagern zu Tode gequält worden sind.

Genauso wenig wie der blutige Krieg, die unerhörten Blutopfer, die Zerstörungen weiter Teile Europas und das schließliche wirtschaftliche, militärische und zuletzt politische Ende des Dritten Reiches zu verleugnen sind, ist zu leugnen, daß es Konzentrationslager, Gaskammern, Richtstätten und Todeskommandos gegeben hat, in denen millionenfach gemordet wurde. Tausende Zeugen aus dieser Zeit leben noch, ebenso wie die größeren Konzentrationslager, die Gaskammern, Schießstätten und Verbrennungsöfen noch als traurige Beweise unumstößlicher Vergangenheit konserviert als Abschreckungsdokumentationen erhalten blieben.

Österreich ist seit 1945 den Weg der demokratischen Staatsform gegangen. Dank dieses Weges gibt es in Österreich eine demokratische Verfassung, Recht und Frieden im Volk in relativ hohem Maße. Dieser Errungenschaft wegen aber müssen wir wachsam bleiben, daß nicht durch Geschichtsälgen und Vermeidlichungsversuche, die bisweilen auch einzelne Funktionäre politischer Organisationen erfassen können, ein Hitler, ein Göbbels oder ein Reichsjugendführer Schinack als „Vorbild einer großen Vergangenheit“ glorifiziert werden, wie dies unlängst in einem unpolitischen Wochenblatt durch einen Volksschuldirektor in Kärnten geschehen ist. Solche Volksbildner – es gibt sie Gott sei Dank nur noch selten – müßte man verpflichten, sich einmal das eine oder andere Konzentrationslager mit seinen Marterwerkzeugen und Einrichtungen anzusehen. Angesichts solcher Zeugenossen ist die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten verpflichtet, für Aufklärung und für Abhilfe Sorge zu tragen.

Daß es im Osten ähnliche Unfreiheit gibt, wie weiland im Dritten Reich, ist kein Freibrief für Schreiberting im sicheren Westen, eine unheilvolle Vergangenheit durch Glorifizierung oder Vermeidlich des Geschehens von einst wieder zum Leben zu erwecken. Auch nicht, wenn in den Demokratien immer wieder andere Ungerechtigkeiten vorkommen!

Die ÖVP-Kameradschaft im Burgenland

Der heutige Obmann gründete 1946 den gemeinsamen Verband.

Das Burgenland war in der Zeit des „tausendjährigen Reiches“ von der Landkarte verschwunden. Der Zusammenbruch des Hitler-Reiches brachte die Befreiung der politischen Häftlinge in den KZ und auch die Wiedergeburt des Burgenlandes. Es ist das bleibende Verdienst des derzeitigen Landesobmannes, Oberschulrat Franz Pronai, im Jahre 1946 durch die Gründung des KZ-Verbandes im Burgenland die Verfolgten des NS-Regimes, ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit, erfaßt und sie einer Betreuung zugeführt zu haben. Dieser Verband spaltete sich jedoch in der Folge in politische Lager auf; so entstand die ÖVP-Kameradschaft der Politisch Verfolgten, Landesverband Burgenland. Erster Obmann des Landesverbandes wurde der damalige Bundesobmann Hofrat Anton Frisch, als Geschäftsführer fungierte Dr. Pronai. Aus Alters- und Gesundheitsgründen legte Hofrat Frisch die Obmannstelle nach einigen Jahren zurück. Erster gewählter Obmann wurde der unvergessliche Bezirkshauptmann von Güssing, Hofrat Dr. Josef Mayer, dem wieder

als treuer Helfer Dr. Pronai zur Seite stand. Nach dem Tode von Hofrat Dr. Mayer im Jahre 1964 wurde Dr. Pronai zum Obmann gewählt, der diese Ägiden nicht nur vorbildlich führt, sondern auch als eine Herzenssache betrachtet. Ihm zur Seite steht der allseits bewährte und anerkannte Kassier Amtsrat Johann Nährer.

Der Landesverband machte es sich zur Aufgabe, die der ÖVP angehörenden Opfer des Faschismus und deren Hinterbliebenen zu betreuen und ihnen die gesetzlichen Unterstützungsmöglichkeiten zu sichern. Der Verband vertritt die Mitglieder bei Behörden und führt zahlreiche Interventionen durch. In den ersten Nachkriegsjahren konnten bedürftige Mitglieder mit Material- und Sachspenden unterstützt werden. Später konnte auch finanziell geholfen werden. Dank der jährlichen Zuwendungen des Bundesverbandes und der Landesregierung werden alljährlich in den Ferien und zu Weihnachten die Mitglieder mit in Ausbildung stehenden Kindern unterstützt.

Der Verband ist auch in Zukunft bereit, die Mitglieder gewissenhaft zu betreuen – getreu dem Motto:

Niemals vergessen!

EDUARD PUMPERNIG

Freiheit durch Recht

Der Sinn des seinerzeitigen Widerstandes bleibt immer aktuell!

Niemand geringerer als Winston Churchill erklärte im Jahr 1946 vor dem britischen Unterhaus: „Im tausendjährigen Reich Adolf Hitlers lebte eine Opposition, die durch ihre Opfer und entwerfende internationale Politik immer schwächer wurde, aber zu dem Edelsten und Größten gehört hat, was in der politischen Geschichte aller Völker hervorgebracht wurde. Diese Männer kämpften ohne Hilfe von innen nach außen – einzig getrieben von der Unruhe ihres Gewissens.“

Solange sie lebten, waren sie für uns unsichtbar, weil sie sich tarnen mußten. Aber an den Taten ist der Widerstand sichtbar geworden. Diese

Taten vermögen nicht alles zu rechtfertigen, was in Deutschland geschah. Aber ihre Taten und Opfer sind das Fundament des neuen Aufbaues.“ Sicherlich ist die Wiedererrichtung des freien und demokratischen Österreich nach dem 2. Weltkrieg, die Wiedereingliederung in die Familie der Völker, durch das Handeln dieser Opfer, ihr Leiden und ihr Sterben erleichtert und beschleunigt worden.

Aber ist das alles? Ich glaube nicht. Die Männer und Frauen des Widerstandes wollten über ihren Tod hinaus mehr. Sie wollten die Rückkehr zu klaren, sittlichen Grundsätzen, zum Rechtsstaat, die Wiederherstellung der Legalität.

Sie wollten den Boden für eine bessere und friedlichere Zukunft, für eine neue Menschlichkeit bereiten. Dringen diese Botschaften noch in un-

ser Ohr und in unser Bewußtsein? Haben wir sie an die junge Generation weitergegeben? Handeln wir danach? Oder beschwichtigen wir unsere eigenen Zweifel mit Feierstunden, die zu Pflichtübungen werden?

Im Kampf gegen den Nationalsozialismus haben sich Männer und Frauen aller Völker und Berufsrichtungen, aller Glaubensbekenntnisse und aller politischen Richtungen vereint. Sie stimmen trotz allem Gegensatz im einzelnen, in fundamentalen Fragen überein. Sie waren sich bewußt, daß die erste Republik am Fehlen dieser fundamentalen Übereinstimmung zugrunde gegangen ist.

Auch wir brauchen heute diese grundsätzliche Übereinstimmung und dürfen sie durch ein ganz uneingeschränktes Freund- und Feinddenken, durch die gegenseitige Verfeindung von Gruppen und Schichten unseres Volkes nicht leichtfertig auf Spiel setzen. Insofern und gerade deshalb sollen sich jene, welche die Politik in unserem Lande heute bestimmen, diese Tatsachen stets in Erinnerung rufen!

Schließlich wußten die Frauen und Männer des Widerstandes, daß Staat und Recht untrennbar zusammengehören. Das Recht bindet den Staat,

aber auch den einzelnen. Der Rechtsstaat gewährleistet die Freiheit, er macht die Ausübung von Herrschaft und Gewalt berechenbar und erträglich. Deshalb muß jeder Versuch, rechtsfreie Räume entstehen zu lassen, jede Intention, politische Ziele durch Rechtsbruch zu erreichen, entschieden bekämpft werden.

Schließlich hat die Erfahrung auch gezeigt, daß die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auch dadurch ermöglicht wurde, daß man fanatisch Intoleranten mit Toleranz begegnet ist.

Deshalb ist jeder, dem die Freiheit seines Landes und seine persönliche Freiheit etwas bedeutet, aufgerufen zu einem Engagement im Alltag, die Bereitschaft, Rechtsbruch als Rechtsbruch zu nennen, die rechtmäßige Ausübung staatlicher Autorität gegen Rechtsbrecher nicht widerwillig hinzunehmen und notfalls zu verteidigen.

Daher ist und bleibt der Sinn unseres sinnerzeitigen Widerstandes immer aktuell und es liegt an uns, diese fundamentalen Wahrheiten zur Erhaltung des mit Tränen, Leid und Blut errichteten demokratischen Staatwesens unserer 2. Republik an die jüngere Generation weiterzugeben.

worden aber als Freiheit ausgelegt und brachte weitere Schläge. Wollten wir uns nicht erschlagen lassen, blieb uns nichts anderes übrig, als zu allem „Jawohl“ oder, wie man im Volkstum sagt, „Ja und Amen“ zu sagen. Wie viele Menschen wurden aber auch sonst schon in der Welt gezwungen, zu den verschiedensten Dingen „Ja“ zu sagen, obwohl sie ohne die eine freie Willensäußerung unterdrückende Einflußnahme niemals zugestimmt hätten.

Viele Wochen in Einzelhaft, unter strengster Bewachung, sah ich außer der SS-Mannschaft fast niemanden. Einmal blieb nun beim Fassen der üblichen Rübensuppe die Klappe an der Zellenür, bei der das Essen herangebracht wurde, offen. Auch bei einer gegenüberliegenden Zelle wurde aus einem Versehen die Klappe nicht sofort geschlossen. In dieser Zelle waren auf engstem Raume über zehn junge Häftlinge aus der Ukraine eingesperrt. Durch die offenen Klappen begrüßten wir uns mit freundschaftlichen Gebärden, als ob wir die besten Bekannten wären. Aus den Augen der jungen Menschen strahlte es förmlich, als sie mir der Reihe nach zuwinkten. Mag sein, daß sie gelegentlich abends, wenn bei der Wachabläufe für kurze Zeit die Luft rein war, hörten, wie ich versuchte, den Tag in einem leise gesungenen Lied zusammenzufassen und damit alle, die in gleicher Not waren, mit einschlöß.

Die jungen Russen haben wohl nicht verstanden, was ich sang; sie waren aber sicher überzeugt, daß ich es mit ihnen gut meinte. Und als wir uns so herzlich begrüßten, wollten wir, daß wir zusammengehören, wenn wir auch nicht die gleiche Sprache reden und uns im Leben kaum jemals wiedersehen werden.

Ein anderes Erlebnis in Mauthausen brachte mir das Zusammengehörigkeitsgefühl auch mit ganz fremden Menschen noch näher. Es war am Morgen des Christfestes. Ich hatte mich in das Gebet versenkt, um all das Leid und die Sorgen zu vergessen, die mir die Trennung von meinen Lieben und die Ungewißheit über ihr Schicksal gerade an diesem Tag verursachten. Da sperrte der SS-Mann die Klappe in der Arrestüre auf, um den schwarzen Kaffee hereinbringen zu lassen. Der SS-Mann blieb aber nicht bei der Klappe stehen, so daß der Häftling, der an diesem Tage den Kaffee austeilte, für einen Moment unbewacht war. Obwohl es strengstens verboten war, auch nur mit einem Wort mit uns Arrestanten in Verbindung zu treten, hatte diesen Häftling offenkundig der Gedanke des Christfestes so gepackt, daß er mir, dem gänzlich Unbekannten, trotzdem

FELIX HURDES

Gedanken aus dem KZ

Die ergreifendste Weihnachtsansprache: Zwei Worte.

Fast für jeden, der einmal in einem Konzentrationslager war, gehört die Fahrt dorthin zu den übelsten Erinnerungen, besonders, wenn diese Fahrt in einem größeren Transport erfolgte. Man beabsichtigte offenkundig von allem Anfang an, jede noch irgendwie vorhandene Widerstandskraft zu brechen und zu erreichen, daß alle Häftlinge sich nur mehr darauf einstellen, zu allem, was geschieht, ohne Widerspruch ja zu sagen. Die Wachmannschaft aus Dachau, die auch die Häftlinge aus Österreich mit Sonderzügen abholte, hatte für normale Menschen unvorstellbar erscheinende Methoden ausgedacht, die bewirkten, jeden Widerspruch aufzugeben, wollte man nicht schon tot in Dachau ankommen. Man könnte ein eigenes Buch darüber schreiben, was wir alles auf dem Transport nach Dachau erlebten: Die Häftlinge mußten die ganze Nacht, in den Waggons eng zusammengepfercht, die Hände auf den Oberschenkeln und den Kopf zurückgelehrt, in die Deckenbeleuchtung schauen, ohne sich auch nur zu rüh-

ren. Wer sich nur im geringsten rührte oder sonst irgendwie müßig auftrat, wurde von der Wachmannschaft damit mit Faustschlägen traktiert, daß das Blut in dem Abteil herumspritzte. Der eine oder andere mußte aufstehen und sich zeigen lassen, was eine „bayerische Watsch'n“ ist. Gar mancher ist bei einem solchen Faustschlag ins Gesicht zusammengelassen. Hatte er sich etwas erholt, dann mußte er seinem Nebenmann oder seinem Gegenüber zeigen, was eine „bayerische Watsch'n“ ist. So mußte mancher seinen besten Kameraden schlagen. Tat er es nicht kräftig genug, so wurde ihm von der Wachmannschaft noch einmal am eigenen Leib vorgeführt, wie man es tun müsse, bis er schließlich doch auf seinen Kameraden auch ordentlich loszuschlug. Wer nicht mittat, wurde verprügelt, bis er liegen blieb. Wir kamen fast alle mit gänzlich zerschlagenen und verschwollenen Gesichtern nach Dachau.

Auf der Fahrt nach Dachau wurden wir auch verschiedenes gefragt, wurden uns verschiedene Vorurteile gemacht. Wir versuchten zunächst, so wie es unter Menschen üblich ist, Rede und Antwort zu stehen. Jede Ant-

schnell die zwei Worte zuflüsterte: „Gute Weihnachten!“ Ich muß sagen, daß ich über diesen Segenswunsch, die ersten freundlichen Worte seit vielen Wochen, zutiefst ergriffen war. Mich hat die festliche und feierliche Weihnachtsansprache, die ich je hörte, niemals so gepackt wie diese zwei Worte. Mir ging mit einemmal auf, wie auch ein ganz fremder Mensch uns nahehestehen kann, wenn wir nur wirklich zueinander Menschen sein wollen. Wie hätte ich diesem mir gänzlich fremden Häftling seinen innigen Segenswunsch danken können? Ich überlegte, ob er auch ein Christ sei oder ob er Weihnachten nur als weltlichen Festtag betrachte. Ich kam zu dem Schluß: Wie dem auch immer sei; er zeigte, daß er ein menschlicher Bruder ist!

Aus: Felix Hurdas, „Vater unser“.

Franz Kittel

Ein Vierteljahrhundert „Der Freiheitskämpfer“

Als der 1945 gegründete überparteiliche KZ-Verband kurze Zeit später an der illoyalen Haltung der Kommunisten scheiterte, war es für die Parteien klar, daß sie für den Personenkreis der unter dem NS-Regime politisch Geschädigten eigene Verbände schaffen müssen.

So wurde 1947 die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten als eine Sammelorganisation für alle politisch Verfolgten geschaffen. Damals hatte bereits der nachmalige Landtagsabgeordnete und Gemeinderat Hans Leinkauf die Initiative ergriffen und der spätere Handelsminister und Vizekanzler Dr. Fritz Bock wurde zum ersten Bundesobmann gewählt. Dem Kuratorium gehörten u. a. auch die Bundeskanzler Figl und Gorbach an. Sehr bald erkannte Leinkauf, daß auch der erste Landesobmann von Wien wurde, daß eine solche Organisation ein Sprachrohr braucht. Zu diesem Zweck berief er seinen alten Freund und Kampferfährten, den inzwischen leider verstorbenen Journalisten Waldemar Quaiser, zum ersten Chefredakteur der neugegründeten Zeitung, der man den Titel „Der Freiheitskämpfer“ gab. Demals erschien der „Freiheitskämpfer“ im Großformat und hatte sehr hohen politischen Charakter. Waldemar Quaiser wurde von einem Herrn Paar abgelöst, bis schließlich 1950 Leinkauf mich mit der Leitung des Blattes betraute. Das Format wurde verkleinert und der Inhalt im wesentlichen auf die praktischen Fragen der Versorgung politisch Verfolgter abgestellt. Das Opferfürsorgegesetz war noch jung, unterlag vielen Veränderungen und Durchführungsbestimmungen und darüber wurde im „Frei-

heitskämpfer“ in einer Rubrik „Rat und Hilfe“ berichtet. Daneben erfüllte die Zeitung auch ihre politische Aufgabe. Diese bestand darin, neonazistische Bemühungen in der Öffentlichkeit sowie in der Partei erfolgreich zu bekämpfen und zu allen Fragen des politischen Lebens Stellung zu nehmen. So geschah es auch, daß der Schreiber dieser Zeilen in einem Artikel, der mit „Peter Moor“ bezeichnet war, die ehemalige deutsche Wehrmacht angriff und deshalb, nachdem er sein Inkognito gelüftet hatte, von der Partei eine Rüge erhielt und ihm das Schreiben und Reden verboten wurde. Kurze Zeit später kam man darauf, daß es unmöglich ist, in einer demokratischen Partei einem aktiven Funktionär ein Rede- und Schreibverbot zu geben, und man hob es wieder auf. Allerdings kam der „Freiheitskämpfer“ durch seine ungeschminkte Schreibweise öfter in Konflikt mit der Partei, aber auch mit der Öffentlichkeit, wofür eine Reihe von Presseklagen Zeugnis legen.

Darüber hinaus hielt ich, genau so wie Kollege Leinkauf, jede Woche eine Sprechstunde ab, die von den geschädigten Kameradinnen und Kameraden stark besucht wurde. Da wir beide seit 1947 auch Mitglieder der Rentenkommission Wien sowie der Opferfürsorgekommission sind, waren wir auch immer in der Lage, Interventionen aus den Sprechstunden bzw. solche, die sehr zahlreich an den „Freiheitskämpfer“ kamen, durchzuführen. Seit 1950 leite ich nun den „Freiheitskämpfer“ und in dieser Zeit sind ungefähr 300 Nummern erschienen. Zahlreiche Prominenten der österreichischen Volkspartei haben auch im „Freiheitskämpfer“ geschrieben. Ich erinnere nur an Julius Raab und Leopold Figl.

Nach Dr. Fritz Bock übernahm NR-Abg. Anton Frisch die Funktion des Bundesobmanns, nach dessen Ableben Kamerad Hans Leinkauf.

Nach einem Vierteljahrhundert erhebt sich nun die Frage: Ist eine solche Zeitung noch notwendig? Es liegt in der Natur der Sache, daß die Leser geringer werden und vielleicht auch das Interesse. Trotzdem erfüllt der „Freiheitskämpfer“ seine politischen und sozialen Aufgaben und, wie ich der Meinung bin, daß die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten so lange existieren muß, als es noch einen politisch Geschädigten gibt, der diese Organisation braucht, wird der „Freiheitskämpfer“ notwendig sein, so lange Österreichs Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie nicht endgültig gesichert erscheinen.

Abschließend sei allen, die mitgeholfen haben, diese Zeitung zu gestalten, von der Redaktion bis zur Druckerei, herzlich gedankt. Nicht vergessen sei auch der Mann, der unermüdlich für den Inseratenbeilieg sorgte

und damit die finanziellen Voraussetzungen zur Herausgabe der Zeitschrift mit schuf.

Uns allen, und das bestätigen immer wieder Zuschriften der Leser, ist der „Freiheitskämpfer“ ein willkommener Freund geworden im Kampf um Österreichs Freiheit.

Die Geistlichen in Dachau

(Fortsetzung von Nummer 4)

Erst als er sich Bleistift und Notizblock erworben hatte, konnte er ans Werk gehen. Zuerst wurde ein kleiner Fragezettel entworfen und an die Häftlinge des Blocks verteilt. Die meisten füllten ihn aus und gaben ihn zurück. Die Geistlichen der anderen Stuben für den Plan zu gewinnen, ging nicht so leicht. Nach und nach waren alle Angaben beisammen. Sie enthielten die Personalien der inhaftierten Priester sowie das Amt, das sie vorher bekleidet hatten. Der Wert dieser Erhebungen liegt darin, daß sie während der Haftzeit erarbeitet wurden.

Dieses erste Verzeichnis war unvollständig. Es erfaßte nicht alle Blocks, in denen Geistliche in Haft waren. Trotzdem gab es einen Einblick in das große Leid, das gerade der katholische Klerus im Konzentrationslager Dachau erdulden mußte. Das Verzeichnis reichte nur bis zum 3. Mai 1942. Emil Thoma führte darum die Namensliste weiter. Dadurch leistete er die Vorarbeiten für das Gesamtregister, wie es jetzt vorliegt.

In der Schlußphase des Lagers wurden immer neue Transporte von Häftlingen in Dachau eingeliefert. Unter ihnen befanden sich auch viele Geistliche. Am Stichtag des 15. Februar 1945 zählte man in Dachau insgesamt 1478 geistliche Häftlinge (S. 38). Pfarrer Thoma sammelte bis zuletzt die Personalien der Neuangekommenen. Als er am 28. März 1945, wenige Tage vor dem Einrücken der Amerikaner, aus dem Lager entlassen wurde, besaß er noch zwei dicke Hefte, gefüllt mit Notizen. Darunter waren 180 Namen und Aufzeichnungen über die letzten Geistlichen, die in die „Hölle von Dachau“ eingeliefert worden waren. Sollte er sie im Lager zurücklassen, um nicht das Leben aufs Spiel zu setzen? Kurz entschlossen wickelte er die letzten Dokumente in zwei Hemden ein und rettete so die Hefte.

Pfarrer Thoma war nicht der einzige, der in Dachau Notizen über die eingelieferten Geistlichen machte. Unabhängig von ihm tat es auch ein tschechischer Priester, Bedrich Hoffmann.

(Fortsetzung folgt)